Ab Morgen ist Ramadan: Der Regierende hofft, dass Muslime diesmal Abstand halten

BERLIN — Wenn morgen, Donnerstag, der Fastenmonat Ramadan beginnmt, beginnt auch für 350.000 Muslime in Berlin die Zeit der inneren Einkehr. Gläubige verzichten dann von Tagesanbruch bis Sonnenuntergang auf Essen und Trinken. Und viele treffen sich allabendlich mit ihrer Familie, Freunden und Nachbarn zum gemeinsamen Fastenbrechen. Aufgrund der Verordnung des Berliner Senats zur Eindämmung des Corona-Virus ist das in diesem Jahr nicht möglich.

Michael Müller (PPD), Regierender Bürgermeister, appelliert deshalb zum Ramadan: "Berlin ist die Stadt der Toleranz und der Vielfalt, in der jede und jeder seine Religion ungehindert und frei leben kann. Darauf sind wir stolz und so soll es auch in Zukunft bleiben. Dennoch müssen wir alle vor dem Hintergrund der Corona-Epidemie im Moment mit Einschränkungen unseres gewohnten Lebens umgehen. Für die Menschen, die wir lieben, müssen wir auch bei unseren traditionellen religiösen Festen wie Ostern, Passah und Ramadan daran denken, dass wir sie und uns am besten schützen, wenn wir Abstand halten. So bleibt diesmal nur, den Ramadan im engsten Kreis, in der eigenen Wohnung und im eigenen Haus zu feiern."

UPDATE: Berliner Erzbischof ordnet wegen AfD-Mitglied im Pfarrgemeinderat Neuwahl des Gremiums ab

POTSDAM/BERLIN — Die Wahl eines Mitglieds der AfD-Jugendorganisation in den Pfarrgemeinerat der katholischen Potsdamer Kirchengemeinde Sankt Peter und Paul hatte für erhebliche Unruhe in der Gemeinde gesorgt. Nun hat der Erzbischof Heiner Koch eine Neuwahl des Gremiums angeordnet.

Propst Arnd Franke hatte sich zuvor an den Berliner Erzbischof Heiner Koch (Foto) mit genau dem Ziel gewandt. dieser solle den Pfarrgemeinderat auflösen. Propst Franke informierte seine Gemeinde darüber und gab dabei seiner Hoffnung Ausdruck, "dass sich bei einer Neuwahl die Kandidaten umfassender vorstellen können".

So habe die Gemeinde nicht gewusst, dass der AfDler Schatzmeister der Jungen Alternative (JA) in Brandenburg ist und somit ein "AfD-Spitzenfunktionär". Das Bundesamt für Verfassungsschutz hatte schon vergangenes Jahr Mitglieder der JA als rechtsextrem eingestuft.

Erzbischof Koch ließ über seinen Sprecher mitteilen, er wolle sich vor einer Entscheidung über das Begehren zunächst "ein umfassendes Bild machen und auch mit dem Pfarrgemeinderat sprechen". Die Mitgliedschaft in der AfD sei kein Ausschlussgrund aus Gremien einer katholischen Gemeinde. Bistumssprecher Stefan Förner weiter gegenüber "Domradio": "Es ist aber eindeutig, dass antisemitische, menschenverachtende und rechts- wie linksextreme Positionen, Haltungen und Äußerungen keinen Platz in einer katholischen Gemeinde haben."

Auf Wunsch des Pfarrgemeinderats bei einer Gegenstimme muss

10.000 demonstrierten in Berlin für den Schutz des menschlichen Lebens

BERLIN — "Ich bin jedes Jahr dabei, doch so viele waren wir noch nie", schwärmte der frühere Bundestagsabgeordnete und Behindertenbeauftragte der Bundesregierung Hubert Hüppe (CDU) am Samstag, als sich der lange Demonstrationszug vom Reichtstag aus in Bewegung setzte. Sicherlich 10.000 Teilnehmer aus allen Teilen Deutschlands waren zum traditionellen "Marsch für das Leben" in die Hauptstadt gekommen, um FÜR etwas zu demonstrieren, nämlich für das uneingeschränkte Recht eines jeden Menschen auf Leben, vom natürlichen Beginn bis zum natürlichen Ende.

Der katholische Bischof Stefan Oster (Passau), begleitet vom Regensburger Bischof Rudolf Voderholzer, dem Görlitzer Bischof Wolfgang Ipolt und Weihbischof Matthias Heinrich (Berlin), stellte die Dimensionen des Problems der Massenabtreibung in Deutschland klar. Jedes Jahr würden nach offiziellen Zahlen in Deutschland mehr als 100.000 ungeborene Kinder im Leib ihrer Mütter getötet, sagte Oster. Das seien etwa 300 Kinder an jedem Tag, zehn Schulklassen an eine einzigen Tag in Deutschland. Abtreibung sei damit die häufigste Todesursache, weit mehr als Krankheiten oder Krieg, rief der Bischof der Menge vor dem Reichstag zu. Oster: "Wir müssen uns bewusst werden, welche Schönheit jedes Leben ist."

Die junge Maria Grundberger berichtete aus ihrer täglichen Arbeit als Beraterin für Frauen in einer Schwangerenkonfliktberatungsstelle. Unter starke Beifall forderte sie dazu auf, den Frauen in Not zu helfen und ein "abtreibungsfreies Europa" zu schaffen.

Zuvor hatte der frühere CSU-Abgeordnete Norbert Geis die Frage aufgeworfen "Sind wir noch glaubwürdig wenn wir die Vögel und die Bienen schützen aber nicht mehr die Menschen?" Und Bezug auf den Heiligen Johannes Paul II forderte Geis zum Aufbau einer "Zivilisation der Liebe" auf. Im Demonstrationszug ging auch die AfD-Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch mit, ganz normal als Teilnehmerin in der Menge.

Den Kontrast zwischen denen, die die menschliche Liebe predigen, und denen, die blanken Hass aus ihren Herzen herausbrüllen, machten wenige Hundert linke Gegendemonstranten deutlich, die mit Trillerpfeifen und in lächerlichen Kostümchen mehrfach erfolglos versuchten, den großen Demonstrationszug zu stoppen. Einer trug ein Schild mit der Aufschrift "Einmal hin, nichts mehr drin" und offenbarte so auf entwaffnende Art und Weise seine ganze Erbärmlichkeit.

Berlins Erzbischof kritisiert Linkskoalition wegen "Frauentag"

BERLIN — Berlins Erzbischof Heiner Koch ist richtig sauer, weil der rot-rot-grüne Senat am kommenden Freitag erstmals den neu geschaffenen Frauentag als gesetzlichen Feiertag durchführen lässt. Nach Meinung von Koch der Ausdruck des unbedingten Willens der Landesregierung, einen "nicht-

religiösen Feiertag" haben zu wollen.

Der Gottesmann wies darauf hin, dass sich die Mehrheit der Berliner in Umfragen für den Reformationstag oder den 9. November als gesetzlichen Feiertag ausgesprochen hätten. Koch sarkastisch "So viel Basisdemokratie scheint wohl doch nicht gefragt, wenn sie gegen das eigene Wählerpotential steht." Nicht nur der "Kampf um die Gleichstellung der Geschlechter" und "gegen patriarchalische Herrschaftsstrukturen" gehörten in den "Mittelpunkt, sondern auch "altmodische Lebensweisen" hätte ihre Berechtigung.

Der Erzbischof weiter "Ich habe noch nie erlebt, dass erst feststeht, dass es einen neuen staatlichen Feiertag geben wird, und man erst danach überlegt, was man an diesem Tag denn eigentlich feiern oder bedenken will."

Das Abgeordnetenhaus hatte den Plänen der Linkskoalition Ende Januar mit 87 zu 60 Stimmen zugestimmt.

Landesbischof Dröge: AfD ist als Partei nicht unser Gesprächspartner

BERLIN — Markus Dröge, Berliner Landesbischof der evangelischen Kirche, lehnt Gespräche mit der rechtskonservativen AfD ab "so lange die Abgrenzung gegenüber dem Rechtsextremismus nicht erfolgt ist". Das sagte Dröge in einem Interview mit dem *Domradio*.

Dass es beim Evangelischen Kirchentag 2019 in Dortmund keine AfD-Mitglieder oder -Politiker auf Podien geben wird, hält der

Landesbischof allerdings "für sachlich problematisch". Man müsse immer "den Einzelnen anschauen". Ein prinzipieller Ausschluss der AfD nütze der Partei, "weil sie sich dann wieder als Opfer darstellen kann".

Dröge verwies darauf, dass die EKD "bis vor ungefähr einem Jahr keine offiziellen Gespräche mit Vertretern der Linkspartei geführt" habe. Grund sei, dass die SED-Nachfolgepartei "ihre Geschichte bezüglich des Umgangs mit Christen in der DDR noch nicht aufgearbeitet" habe. Das habe man mehr als 25 Jahre durchgehalten: Gespräche mit Regierungsvertretern der Linken, aber nicht mit der Partei.

"Lauter, unverhohlener und aggressiver" – Antisemitismus in Berlin

BERLIN — Die Zahl antisemitischer Gewalttaten im vergangenen Jahr ist in Berlin stark angestiegen. Bis Mitte Dezember vergangenen Jahres seien in der offiziellen Statistik 24 solche Straftaten registrierte worden, berichtet die "Berliner Zeitung" unter Berufung auf die neue Antisemitismusbeauftragte der Berliner Generalstaatsanwaltschaft, Claudia Vanoni. Im Jahr zuvor waren es sieben Vorfälle.

Vanoni geht auch davon aus, dass die Zahl antisemitischer Straftaten insgesamt steigen werde. Bis Mitte Dezember waren 295 Delikte registriert worden. In Berlin werden bezogen auf die Einwohnerzahl danach die meisten antisemitischen Straftaten bezogen auf die Bevölkerungszahl verübt.

Vanonis: "Ich habe den Eindruck, Antisemitismus wird lauter, unverhohlener und aggressiver."

Institut für Islamische Theologie an der Humboldt-Universität

Berlin — Das Kuratorium der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) hat auf Vorschlag des Akademischen Senats der HU beschlossen, das Berliner Institut für Islamische Theologie als Zentralinstitut an der HU einzurichten. Damit sind alle Verfahrensschritte erfolgt, die für die Etablierung des Institutes nötig sind. Das Ausschreibungsverfahren für die vier zu besetzenden Professuren kann beginnen.

Parallel dazu wird die Etablierung des Beirats für das Institut verfolgt. Zur Berufung der ersten Professuren wird dieser eingerichtet sein. Die Kooperationsvereinbarung mit den drei Verbänden – der Islamischen Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands e.V., dem Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V. Landesverband Berlin, der Islamischen Föderation in Berlin e.V. – sowie der Senatskanzlei – Wissenschaft und Forschung und der HU wurde am 26./27. Juni 2018 unterzeichnet.

Die Vorsitzende des Kuratoriums, Edelgard Bulmahn (SPD): "Für die Humboldt-Universität ist dies ein wichtiger Meilenstein in ihrer weiteren Entwicklung. Für die gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit, in der die Religionen in einer säkularen Welt miteinander noch stärker in den Dialog treten müssen, ist die wissenschaftliche Begleitung durch eine Hochschule wie der Humboldt-Universität von großer Bedeutung."

Der Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung, Steffen Krach (SPD): "Mit dem Institut für Islamische Theologie wollen wir einen wichtigen Beitrag zur Integration in unserer Stadt leisten und das Miteinander der Religionen fördern."

Die Grundlage für das Institut bildet das 2016 beschlossene Eckpunktepapier Islamische Theologie sowie eine Kooperationsvereinbarung zur Bildung eines Beirats, die zwischen der Trägerhochschule und islamischen Verbänden unter Mitwirkung der Senatskanzlei – Wissenschaft und Forschung und in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe unter der Leitung des bisherigen Gründungsbeauftragten und jetzigen Gründungsdirektors Michael Borgolte vom April 2017 bis März 2018 erarbeitet wurde.